

Guido Thiemeyer

»Wandel durch Annäherung«

Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956–1977

»Wandel durch Annäherung« war das von Egon Bahr schon zu Beginn der Sechzigerjahre formelhaft geprägte Ziel der so genannten Neuen Ostpolitik, die die sozial-liberale Regierung der Bundesrepublik Deutschland seit dem Herbst 1969 verfolgte. Die von ›Bonn‹ seit Mitte der Fünfzigerjahre praktizierte Politik der Nichtanerkennung der sozialistischen Staaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) wurde abgelöst durch eine ›Normalisierung‹ der Beziehungen zu Osteuropa. Die Bundesrepublik erkannte die ›Unverletzlichkeit‹ der bestehenden Grenzen und damit den politischen Status Quo in Europa an, bestand aber ihrerseits auf einer Öffnung der osteuropäischen Staaten im Bereich der Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Während der Osten, vor allem die Sowjetunion, Polen und die DDR, die Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen als zentrales Ziel verfolgte, ging es der Bundesregierung darum, die Gesellschaften der beiden Blöcke trotz der bestehenden ideologischen Gegensätze einander anzunähern, um die Trennung Deutschlands und Europas langfristig zu überwinden. Die Kerngedanken dieses Konzeptes wurden zu Beginn der Siebzigerjahre im Rahmen des KSZE-Prozesses auf ganz Europa übertragen und mündeten 1975 in die Schlussakte von Helsinki.

Während die diplomatischen Hintergründe der Neuen Ostpolitik unmittelbar mit der Öffnung der Archive das Interesse der Geschichtswissenschaft fanden¹, hinkt die Forschung über die gesellschaftliche und kulturelle Dimension immer noch nach, obwohl diese im Konzept Bahrs und Brandts eine zentrale Rolle spielte. Nach wie vor fehlen Studien darüber, ob und wie die von der Bundesrepublik intendierte Annäherung der Gesellschaften über die Systemgrenzen hinweg funktionierte. Eben dies soll im Folgenden auf der Basis bislang unbeachteter Archivalien geschehen. Es geht um die Tätigkeit westdeutscher Journalisten in Osteuropa, um ihre Arbeitsbedingungen und Erfahrungen, um die ihrer Berichterstattung zu Grunde liegenden Wahrnehmungsmuster der osteuropäischen Länder ebenso wie um ihr Selbstverständnis als Repräsentanten eines westeuropäischen Staates.

Journalisten sind ihrem Selbstverständnis nach zunächst einmal Intellektuelle, die aus Neugier oder aus finanziellem Interesse bestimmte Informationen erlangen und diese verkaufen wollen. Sie sind aber auch, und das wird noch genauer darzustellen sein, politische Akteure, insofern als sie in den sozialistischen osteuropäischen Gesellschaftssystemen notwendigerweise als Repräsentanten des Westens angesehen wurden, ob sie dies wollten oder nicht. Auf diesem Wege übertrugen die Korrespondenten ein jeweils spezifisches Bild über die nationalen und Blockgrenzen hinweg, und zwar in zweierlei Hinsicht: Im

1 Peter Bender, Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995. Gottfried Niedhart, The East-West Problem as Seen from Berlin: Willy Brandt's Early Ostpolitik, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Europe, Cold War and Coexistence 1953–1965, London 2004, S. 285–296. Erstmals auf der Basis internationalen Archivmaterials: Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationalen Rahmenbedingungen 1969–1971, in: AfS, Bd. 44 (2004), S. 415–449. Gottfried Niedhart, Revisionistische Elemente und Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: GG, Bd. 28 (2002), S. 233–266.

Gastland repräsentierten Sie die Bundesrepublik, ihr politisches System und ihre Gesellschaftsordnung. Ihre Berichte aber übertrugen das von Ihnen ermittelte Bild der osteuropäischen Gesellschaften auch in die Bundesrepublik. Welche Bedeutung hat diese Vermittlungsfunktion der auswärtigen Korrespondenten für den eingangs erläuterten Gesamtkontext der Entspannungs- und Ostpolitik seit der Mitte der Sechzigerjahre? Es geht also um einen jeweils bilateralen Transfer, um die Frage, wie die von Journalisten übermittelten Bilder gesellschaftliche wie politische Einstellungen in der Bundesrepublik veränderten.² Und es geht um die Frage, wie diese Veränderungen im Westen auf Politik und Gesellschaft im Osten zurückwirkten. Gleichwohl, und auch das wird genauer zu zeigen sein, kann die Ebene der Diplomatie nicht einfach ausgeblendet werden, Ziel soll vielmehr sein, die wechselseitige Bedingtheit diplomatischer und gesellschaftlich-kultureller Beziehungen zu erforschen. Dabei kann in diesem Aufsatz allenfalls ein erster Aufriss des Problems geliefert werden, er beschränkt sich vor allem auf westdeutsche Rundfunkjournalisten und auf die von ihnen in westdeutschen Archiven hinterlassenen Materialien. Im Vordergrund stehen somit die Erfahrungen der Journalisten, nicht jedoch die Auswertung der von Ihnen produzierten Sendungen. Die subjektive Sicht der Journalisten und ihr Selbstverständnis, die in diesen Quellen hervortreten, prägen daher den Aufsatz. Damit kann hier nur eine erste Schneise in ein noch völlig offenes Forschungsgebiet geschlagen werden. Die notwendige Ergänzung dieser Perspektive um osteuropäische Archivalien ist einem in Vorbereitung befindlichen Forschungsprojekt vorbehalten.

I. ZAGHAFT ANFÄNGE: GERD RUGE ALS KORRESPONDENT IN MOSKAU

Die Sowjetunion und der von ihr dominierte östliche Teil Europas waren für westdeutsche Journalisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit weitgehend terra incognita, weil die kommunistischen Regime in der ersten Phase des Kalten Krieges die permanente Berichterstattung westlicher Korrespondenten nicht zuließen. Der erste westdeutsche Korrespondent in Osteuropa war Gerd Ruge für den NWDR (Köln) ab 1956. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es keinen ständigen Korrespondenten einer westdeutschen Rundfunkanstalt in ganz Osteuropa. Der Anlass für seine Entsendung, so schilderte Ruge später, war die Moskareise des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer im September 1955 mit der daran anschließenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik.³ Ruge hatte schon die Reise des Kanzlers in dessen Preetz besichtigt, als die Anfänge der kontinuierlichen Berichterstattung aus Moskau noch sehr improvisiert waren. Ruge nutzte den Kanzlerbesuch in Moskau und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als Argument, um auch den Austausch von Rundfunkkorrespondenten anzuregen: »Wir standen vor dem Palais«, so erzählte er rückblickend, »wo oben die

2 Methodisch Vorlage hierzu am deutsch-französischen Beispiel: *Michel Espagne*, *Les transferts culturels franco-allemands*, Paris 1999. *Ders.*, Kulturtransfer und Fachgeschichte der Geisteswissenschaften, in: *Comparativ*, Jg. 10 (2000), S. 42–61. *Michael Werner*, Maßstab und Untersuchungsebene. Zu einem Grundproblem der vergleichenden Kulturtransfer-Forschung, in: *L. Jordan, B. Kortländer* (Hrsg.), *Nationale Grenzen und internationaler Austausch. Studien zu Kultur und Wissenschaftstransfer in Europa*, Tübingen 1995, S. 20–33. Vgl. darüber hinausgehend: *Michael Werner/Bénédicte Zimmermann*, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire Croisée* und die Herausforderung des Transnationalen, in: *GG*, Bd. 28 (2002), S. 607–636.

3 Hierfür und für das Folgende: *Geschichte des NWDR. Zeugen der Rundfunk- und Zeitgeschichte*. Gespräch von Professor Dr. Peter von Rüdén mit Gerd Ruge, aufgezeichnet am 19.2.2003, Forschungsstelle für die Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland, Universität Hamburg, unveröffentlichtes Ms.

Verhandlung stattfand, und warteten, dass wieder jemand rauskam und uns erzählte, was drinnen passierte.«⁴

»Dabei traf ich einen jungen russischen Kollegen, der genau mein Alter hatte und der gerne nach Bonn wollte. Wir haben gesagt: ›Wenn sie diplomatische Beziehungen aufnehmen, dann müssen sie auch Journalisten austauschen. Das müssen wir hinkriegen.«

Gegen erheblichen Widerstand in der ARD setzten Ruge und der damalige NWDR-Intendant Hanns Hartmann die Entsendung Ruges als ständigen Vertreter der ARD in Moskau durch. Am 1. Juni 1956 trat er seine Stelle in der sowjetischen Hauptstadt an. Doch nicht nur in der Bundesrepublik gab es Widerstand, auch die sowjetischen Behörden behinderten die Arbeit des westdeutschen Korrespondenten, sei es durch eine sehr restriktive Informationspolitik oder durch willkürlich wirkende Behinderungen bei der Erteilung eines Einreisevisums. »Ich habe nicht das Gefühl, dass man mir das Visum überhaupt vorenthalten will, aber aus irgendeinem Grund scheint man mich daran erinnern zu wollen, dass ich nur einreisen darf, wenn es der Botschaft passt«, teilte Ruge dem WDR-Intendanten im Oktober 1958 mit.⁵ Ganz offensichtlich ging es der sowjetischen Vertretung in Bonn darum, dem Korrespondenten zu demonstrieren, dass seine Arbeit vor Ort von der Zustimmung der Regierung abhängig war. Diese kontrollierte die auswärtigen Korrespondenten in Moskau so wie die heimische Presse:

»Wir hatten natürlich richtige Zensur. Wir mussten alles, was wir geschrieben hatten, beim Zentraltelegraphen abgeben und es wurde eingestrichen. Wir konnten zwar schon über das Telefon unsere Berichte durchgeben, aber das wurde sofort gekappt, wenn man etwas sagte, was nicht der Zensur entsprach. [...] Wir hatten eine furchtbar strenge Überwachung durch den KGB. Man wurde dauernd abgehört und verfolgt und dergleichen mehr. Das war extrem schwierig.«⁶

Auch zu sowjetischen Politikern hatten die westlichen Korrespondenten keinen regelmäßigen Kontakt.⁷ Sie waren angewiesen auf die Verlautbarungen der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS und die in Moskau kursierenden Gerüchte. Wertvoll, so berichtet Ruge, seien für ihn die sowjetischen Provinzzeitungen gewesen, in denen er regelmäßig recherchiert habe. Auch genehmigungspflichtige Besuche in sowjetischen Fabriken waren aufschlussreich durch die dort geführten Gespräche mit Arbeitern, ebenso wie ebenfalls genehmigungspflichtige Kontakte mit sowjetischen Intellektuellen und Schriftstellern. Ruge blieb bis März 1959 ständiger ARD-Korrespondent in Moskau, sein Nachfolger wurde Erwin Behrens. Die sowjetische Hauptstadt war lange Zeit der einzige Ort im kommunistischen Teil der Welt mit einem ständigen Korrespondenten der ARD.

Überhaupt waren nicht nur die politischen Beziehungen zwischen den beiden Blöcken gespannt, auch Journalisten fochten den Kalten Krieg aus. Am 20. Januar 1962 war in Berlin turnusgemäß der Vorstand des »Vereins der ausländischen Presse, Berlin«, eines Zusammenschlusses von Auslandskorrespondenten in der geteilten Hauptstadt, neu gewählt worden. Den Vorsitz hatte der Franzose Jacques Jeanmarie übernommen. Das Ergebnis der Wahl bezeichnete der Pressereferent beim Bevollmächtigten des Bundes in Berlin, Wrassmann, in einem Bericht an das Bundespresseamt in Bonn als »bemerkens-

4 Ebd. S. 18.

5 WDR-Archiv, Köln, Bestand 4139, Intendanz, Korrespondenz mit dem Korrespondenten in Moskau Gerd Ruge, Nr. 00612, Notiz, 20.10.1958.

6 Geschichte des NWDR. Gespräch mit Gerd Ruge, 19.2.2003, S. 18. Vgl. auch WDR-Archiv Köln, Bestand 4139, Protokoll der Chefredakteurs-Konferenz der Westdeutschen Rundfunkanstalten am 9. und 10. April 1957 in Baden-Baden, S. 2.

7 Ähnliche Erfahrungen machte der Korrespondent der britischen Nachrichtenagentur Reuters in Moskau, Sidney Weiland. Er berichtete seit 1953 aus der Sowjetunion. Vgl. *Donald Read, The Power of News. The History of Reuters, Second Edition, New York 1999, S. 445.*

wert, weil sich die Zahl der Vertreter östlicher Zeitungen und Agenturen im Vorstand sprunghaft vermehrt hat.«⁸ Auch im Bundespresseamt meinte man, dass »das starke Vordringen östlicher Pressevertreter in den Vorstand [...] in der Tat zu erheblichen Bedenken Anlass [gebe].«⁹ Auch einige britische und US-amerikanische Pressevertreter empfanden diese Entwicklung als gefährlich, traten aus dem Verein der ausländischen Presse aus und gründeten einen eigenen Verein. An Kooperation unter Kollegen war man zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht interessiert.

II. EINE WDR-DELEGATION BESUCHT POLEN

Erst in der Mitte der Sechzigerjahre, zu Beginn der Entspannungsphase im Kalten Krieg, scheinen sich auch die Beziehungen zwischen den Journalisten der Bundesrepublik und Osteuropa verbessert zu haben. Im Mai 1965 reiste eine Delegation von WDR-Journalisten auf Einladung von Polskie Radio nach Warschau und Breslau. Gerd Ruge war auch hier dabei, ferner WDR-Intendant Klaus von Bismarck, zudem der Leiter des Referates für Auslandskontakte beim Intendanten des WDR, Dr. Ulrich Scheffer, und der Professor für politische Wissenschaften an der Universität Erlangen, Waldemar Besson.¹⁰ Der Bericht über den Besuch, der anschließend von WDR-Intendant Hartmann an seine Kollegen in der ARD weitergeleitet wurde, zeugt von großer Unsicherheit auf beiden Seiten zu Beginn der Reise. Es ist die Rede von einer »freundlichen Unsicherheit« der polnischen Journalisten gegenüber den deutschen Kollegen. Beide Seiten bestätigten einander, dass man mit dem »Verlauf des Programmaustausches nicht zufrieden« sei.¹¹ Das liege vor allem an den mangelnden Kontakten auf der unteren und mittleren Ebene der Sender. Allerdings gab es auch andere Schwierigkeiten:

»Von einem Programmaustausch im engeren Sinne sollte man sich nicht sehr viel versprechen, weil das, was wir machen, den Polen nicht immer schmeckt und uns das, was die Polen machen, auch nicht. Dies trifft vor allem auf das Fernsehen zu, beim Hörrundfunk könnte es etwas positiver aussehen.«¹²

Hier wird auf Seiten der WDR-Delegation das Bemühen um nüchterne Anerkennung der politischen Realitäten deutlich. Die Kölner Journalisten waren nicht bereit, polnische Produktionen ohne weiteres in ihr Programm aufzunehmen, hatten andererseits aber auch Verständnis dafür, dass die Kollegen in Warschau ähnlich dachten. Man einigte sich darauf, unpolitische Unterhaltungssendungen, Hörspiele und klassische Konzertaufnahmen auszutauschen, und vermied damit den politischen Konflikt.

Die freundlich-distanzierte Haltung der polnischen Journalisten änderte sich offenbar, als man sich gemeinsam mit der deutschen Delegation drei Folgen der (vom WDR produzierten) Fernseh-Serie *Das Dritte Reich* ansah.

»Die Vorführung der drei Sendungen hatte einige bemerkenswerte Ergebnisse. Erstens schuf sie eine brauchbare Basis für die allgemeinen Gespräche über Zusammenarbeit. Zweitens hat sie auf

8 Bundesarchiv Koblenz (BA) B145 (Bundespresseamt (BPA)) B145/9754, Verein der ausländischen Presse Berlin, 22.1.1962: Der Pressereferent beim Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Wrasmann, an BPA.

9 Bundesarchiv Koblenz (BA) B145 (Bundespresseamt) B145/9754 Verein der ausländischen Presse Berlin, 1.2.62, Krüger an Wrasmann.

10 Hierfür und für das Folgende: Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand B187 (Deutsche Welle), B187/224 Zonen-Redaktion Osteuropa Russischer Dienst/Polnischer Dienst. Bericht über die Polen- Reise der WDR/SDR-Delegation vom 16.5. bis 25.5.1965.

11 Ebd.

12 Ebd.

alle Polen, die die Filme in Warschau und Breslau sahen, einen von beiden Seiten in diesem Maße nicht erwarteten starken Eindruck gemacht und sicher einiges Nachdenken angeregt. Drittens war dieser Eindruck bei den Rundfunkleuten so stark, dass sie es für richtig hielten, heimlich eine dritte, nicht vorgesehene Vorführung für den Kulturreferenten des Außenministeriums, einige ZK-Mitglieder und andere höhere Funktionäre zu veranstalten.«¹³

Die polnischen Zuschauer waren von der Darstellung des Nationalsozialismus in diesem Film nach dem Eindruck der deutschen Delegation tief beeindruckt, weil diese nicht mit ihren Vorstellungen von der Bundesrepublik vereinbar war. In der offiziellen polnischen Sichtweise der Fünfzigerjahre war der westdeutsche Staat die Fortsetzung des Dritten Reiches gewesen, in dem die extremsten Kräfte des ›Monopolkapitals‹ die Herrschaft ausübten. Dass nun eine Delegation hochrangiger westdeutscher Journalisten eine sehr kritische Darstellung des Nationalsozialismus mitbrachte und in Warschau und Breslau vorführte, war mit diesem Bild nicht vereinbar. Zwar gab es auch Kritik, vor allem daran, dass der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus Sicht der polnischen Betrachter im Vergleich zum bürgerlich-militärischen Widerstand nicht genügend gewürdigt werde, das Gesamturteil jedoch blieb positiv:

»Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Rundfunk-Gespräche besser verlaufen sind, als man zunächst erwartet hatte. Auf polnischer Seite besteht offenbar der Wunsch, über die ziemlich dünnen derzeitigen Beziehungen hinaus zu einer intensiveren Zusammenarbeit zu kommen. Wichtig erscheint, daß dieser Wunsch nicht von der Absicht ausgeht, im Westen kommunistische Ideen zu verbreiten, sondern von der Absicht, hier den politischen Standpunkt zu erklären und sich selbst als europäische Nation zu erweisen (das Bedürfnis nach Revision des von der NS-Propaganda entworfenen ›Untermenschen‹-Bildes und des von der Vertriebenen-Propaganda entworfenen ›Unfähigkeits‹-Bildes).«¹⁴

Offenbar war auch die westdeutsche Delegation mit der Vorstellung nach Polen gereist, mit den dortigen kommunistischen Kollegen könne man nur in einem sehr begrenzten Bereich kooperieren, müsse sich vor allem aber davor hüten, nicht zum Einfallstor kommunistischer Propaganda im Westen zu werden. Dass nun in Warschau gar kein Bedürfnis nach Propaganda-Arbeit bestand, sondern ein (offenbar auch von den westdeutschen Journalisten als legitim empfundenen) Bedürfnis nach der Korrektur des westdeutschen Polen-Bildes, hat in Köln Überraschung hervorgerufen. Es scheint, als hätten beide Seiten, die polnische und die westdeutsche, ihr Bild vom jeweils anderen korrigieren müssen. Hier wird deutlich, dass es bei dieser Reise keineswegs nur um den verstärkten Austausch von Unterhaltungsprogrammen ging, sondern dass diese Kontakte zwischen beiden Staaten eine weitreichende politische Dimension hatten. Dies war auch der WDR-Delegation bewusst, denn dem Reisebericht wurde nach der Schilderung der Kontakte auf technischer Ebene auch ein Kapitel mit der Überschrift »Politik« zugefügt. Hier hielt der Autor seinen Eindruck fest,

»daß Polen immer noch in einem Gefühl der Unsicherheit lebt. Dieses Gefühl drückt sich in dem Wunsch nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ebenso aus wie in der ständigen Frage, ob es denkbar wäre, daß ein neues militaristisches Deutschland irgendwann einmal einen Krieg entfesseln könnte. Viele Gesprächspartner schienen sich nur ungern mit der Rolle der Sowjetunion als Schutzmacht Polens abzufinden, keiner bezweifelte die Notwendigkeit. Ein durchaus bürgerlich-intellektueller Gesprächspartner sagte uns nach stundenlanger, vertrauensvoller Unterhaltung, letztlich sei die Teilung Deutschlands doch die einzige Sicherheit, und unter diesem Gesichtspunkt sei es bedauerlich, daß die DDR so verhältnismäßig schwach und klein sei.«¹⁵

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Ebd.

Dieses unter polnischen Journalisten und Intellektuellen gewonnene Stimmungsbild entsprach auch nicht der vor allem von konservativer Seite im Westen geprägten Wahrnehmung einer ständigen Aggressionsbereitschaft des kommunistischen Polen. Es wurde deutlich, dass es schon in der Mitte der Sechzigerjahre auch in Polen gesellschaftliche Gruppen gab, die bereit waren, einen Modus Vivendi mit dem Westen zu finden, nachdem sie den Eindruck gewonnen hatten, dass dort nicht ›revanchistische Imperialisten‹ die Politik bestimmten. Entscheidend war zudem, dass beide Seiten offenbar völlig darauf verzichteten, den jeweils anderen von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen. Die Kölner Delegation machte deutlich, dass sie die kommunistische Gesellschaftsform für falsch hielt. Auf der anderen Seite war den westdeutschen Journalisten klar, dass auch sie ihre Gesprächspartner nicht in ihrem Sinne beeinflussen konnten: »Trotzdem wäre es abwegig, wollte sich jemand Hoffnungen darauf machen, es könnte einmal ein nichtkommunistisches Polen geben. Man hat nicht den Eindruck, daß Kommunismus und Sozialismus als solche in Frage gestellt werden [...],«¹⁶ resümierte der Reisebericht. Nach diesen für sie überraschend positiven Erfahrungen empfahl die Kölner Delegation, die Kooperation mit Polen fortzusetzen und dem Land wegen seiner Bedeutung für die deutsche Vergangenheit und Zukunft einen größeren Platz im Sendeablauf einzuräumen. Sie gaben aber auch politische Empfehlungen:

»Nach den Erfahrungen dieses kurzen Besuchs ist bei Gesprächen in der Bundesrepublik hervorzuheben, daß sich unter der starren Oberfläche der amtlichen Deutschland-Politik Kräfte bewegen, die an einer Versachlichung des Verhältnisses zur und der Information über die Bundesrepublik interessiert sind. Das gilt nicht nur für eine intellektuelle Avantgarde, sondern durchaus für jene Schicht von Dreißig- bis Vierzigjährigen, die als Parteifunktionäre oder Spezialisten im Rundfunk- und Fernseh-Apparat tätig sind, und was für sie gilt, müßte eigentlich in ebenso starkem Maße für Leute gelten, die auf weniger ideologisch exponierten Gebieten arbeiten. Aus diesem Grunde sollte man, Enttäuschungen und Schwierigkeiten zum Trotz, die Bemühungen um kulturelle Kontakte fortsetzen und verstärken, auch wenn die Bilanz eines Austausches wahrscheinlich nie ganz ausgeglichen sein wird.«¹⁷

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die seit Ende der Sechzigerjahre von der Regierung Brandt/Scheel eingeleitete Neue Ostpolitik auf gesellschaftlicher Ebene von Journalisten vorbereitet wurde. Die WDR-Delegation war nicht die einzige, die in den Sechzigerjahren Kontakte nach Osteuropa, insbesondere nach Polen suchte, eingebunden waren auch andere gesellschaftliche Kräfte. Der Politikwissenschaftler Waldemar Besson beteiligte sich ebenso an diesen Kontakten¹⁸ wie etwa Gewerkschaften¹⁹, Kirchen²⁰ und Jugendvertreter. Die breite gesellschaftliche Diskussion um das Verhältnis der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten bildete eine wichtige Voraussetzung für das, was

16 Ebd.

17 Ebd.

18 *Waldemar Besson*, Bonn auf dem Prüfstand. Chancen westdeutscher Außenpolitik, in: *Der Monat* Bd. 21 (1969), S. 42 ff.

19 *Hans O. Hemmer*, Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: *Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 171–187.

20 *Hartmut Rudolph*, Fragen der Ostpolitik im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: *Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger* (Hrsg.), *Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus*, Stuttgart 1976, S. 460–540. *Martin Greschat*, Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren, in: *Axel Schildt/Siegfried/Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Göttingen 2003, S. 544–581. Vgl. hierzu auch die Beiträge von Robert Zurek und Karl-Joseph Hummel in diesem Band.

dann ab September 1969 außenpolitisch realisiert wurde. Sie bildete gleichsam die gesellschaftspolitische Basis der Neuen Ostpolitik, die ohne diese kaum möglich gewesen wäre.

III. KONSEQUENZEN DER NEUEN OSTPOLITIK FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

Mit der Neuen Ostpolitik änderte sich aber nicht nur die völkerrechtliche Grundlage für Journalisten in Ost und West, die über das jeweils andere Lager berichten wollten, es stieg auch das Interesse der osteuropäischen Medien an der Bundesrepublik. Diese war bis Ende der Sechzigerjahre von der herrschenden Doktrin als fast nahtlose Fortsetzung des Dritten Reiches dargestellt worden. Dies änderte sich aber zu Beginn der Siebzigerjahre. Im Juni 1972 berichtete der Leiter der bundesdeutschen Handelsvertretung in Budapest, Kersting, nach Bonn, dass in diesem Jahr rund 100 ungarische Journalisten überwiegend auf Einladung des Bundespresseamtes, der Handelsvertretung oder von Inter Nationes in die Bundesrepublik gereist seien. Der wichtigste Reisegrund sei das Interesse der ungarischen Medien an der Bonner Ostpolitik gewesen. Alle Besucher hätten sich dankbar für die erfahrene Gastfreundschaft und die gute Organisation der Reisen gezeigt. Sie seien offenbar überrascht gewesen, »dass Besuche, Gespräche, Diskussionen mit wem und wo auch immer in der BRD offen, sachlich, informativ und so angenehm waren, dass viele ihre Meinungen über die BRD, so wörtlich, einer Korrektur zum Positiven unterziehen mussten [...]«. ²¹ Auch dies, die Revision von Vorurteilen und das bessere Verständnis füreinander, war ein wesentlicher Bestandteil des Konzeptes vom »Wandel durch Annäherung«. Die Pressearbeit der Handelsvertretung in Ungarn war so erfolgreich, dass ihre Infrastruktur bald nicht mehr ausreichte. Im November 1972 berichtete sie nach Bonn, dass das Interesse der ungarischen Medien an der Bundesrepublik so groß geworden sei, dass man selbst keine Initiative mehr für Journalistenreisen ergreife. ²²

Noch einschneidender waren die Auswirkungen auf Polen. Schon Mitte Oktober 1969, also wenige Wochen nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn, als es in Warschau noch keine ständige ARD- Vertretung gab, gewährte der polnische Außenminister Stefan Jedrychowski dem ARD-Korrespondenten in Wien, Hans-Jakob Stehle, ein Interview. Es war das erste Mal überhaupt, dass der polnische Außenminister einem westlichen Fernsehsender ein Interview gab, und die bundesdeutsche Handelsvertretung in Warschau deutete dies als politisches Signal:

»Offensichtlich lag der polnischen Seite daran, mit einer relativ spektakulären Geste der neuen Bundesregierung die neue polnische Deutschland-Politik zu verdeutlichen. Dies geht auch daraus hervor, daß sie die von Stehle gestellten Fragen zeitweise änderte – und dabei offenbar präziserte – und umgehende Veröffentlichung zur Bedingung machte.« ²³

Der ARD-Korrespondent wurde offenbar von der polnischen Regierung als inoffizieller Kontakt genutzt, um der neuen Bonner Regierung die Verhandlungsbereitschaft Warschaus zu signalisieren. Dem entsprach auch eine Liberalisierung im Umgang mit westdeutschen Presseerzeugnissen. Tages- und Wochenzeitschriften lagen nun in öffentlichen Bibliotheken aus. ²⁴

21 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, (PAAA) B42, Bd. 1497, Berichte der Handelsvertretung Budapest. Fernschreiben betr. Reisen ungarischer Journalisten in die BRD, 2.6.1972.

22 Ebd. Handelsvertretung Budapest an Auswärtiges Amt, 10.11.1972.

23 PAAA, B42, Bd. 1356, Aufzeichnung der Handelsvertretung Warschau, 21.10.1969.

24 PAAA, B42, Handelsvertretung Warschau Bd. 1356 Fernschreiben Handelsvertretung an Auswärtiges Amt, 29.1.1971.

Polnische Journalisten zeigten besonders starkes Interesse an der Bundesrepublik.²⁵ So schlug der Chefredakteur einer Warschauer Fachzeitschrift für den Arbeitsschutz, »Ochrona Pracy«, Makarewicz, dem vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen »Bundesarbeitsblatt« eine Kooperation vor. Im Dezember 1969 besuchte Makarewicz daraufhin die Bundesrepublik Deutschland. Das Arbeitsministerium berichtete dem Auswärtigen Amt über den Besuch:

»Dem Besucher lag vor allem daran, die Praxis kennenzulernen. Er hatte die Möglichkeit, verschiedene, aus der Sicht des Arbeitsschutzes interessante Unternehmen zu besichtigen, um sich an Ort und Stelle über die Vorkehrungen der Betriebe zum Schutz der arbeitenden Menschen zu unterrichten. Herr Makarewicz war von den Gesprächen mit deutschen Fachleuten und den Besuchen in den Betrieben sehr beeindruckt. Er war offenbar überrascht, daß ihm bereitwilligst alle gewünschten Informationen gegeben wurden. Besonders dankbar begrüßte er es, bestimmte, von ihm benannte Betriebe besichtigen zu können.«²⁶

Auch dieses Beispiel zeigt, wie sehr sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten gewandelt hatten. Makarewicz musste feststellen, dass sein von der östlichen Propaganda im Kalten Krieg geprägtes Bild von der Bundesrepublik nicht der Realität entsprach. Damit war ein zentrales Ziel der Neuen Ostpolitik erreicht; die kommunistische Propaganda wurde durch die vielfältigen Kontakte auf gesellschaftlicher Ebene, die nun als Folge der politischen Entspannung entstanden, unterlaufen. Die hier beschriebenen Besuche von Journalisten aus Osteuropa in der Bundesrepublik spielten in dieser Hinsicht noch eine bedeutendere Rolle, insofern als es sich um Multiplikatoren handelte, Intellektuelle, die zum Teil erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung in ihren Heimatstaaten hatten. Die Gesellschaften kamen dadurch einander näher, dass die Menschen einander kennen lernten. Das galt nicht nur für die polnische Seite, auch die westdeutschen Diplomaten erfuhren, dass in Polen nicht der doktrinäre Kommunismus herrschte, den man aus der Sowjetunion und der DDR kannte, sondern dass es unter der Oberfläche durchaus liberale Spielräume gab:

»Unter Berücksichtigung der nicht in Frage zu stellenden Verankerung im sozialistischen Lager bieten die polnischen Massenmedien, im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten, insbesondere zur Sowjetunion und zur DDR, keineswegs ein einheitliches und absolut gleichgeschaltetes Bild. Die Berichterstattung ist differenziert und zeigt einen gewissen Spielraum. Die Differenzierung reicht beispielsweise von der oft kritisch argumentierenden »Polityka« unter ihrem profilierten Chefredakteur und gleichzeitigem Sejm-Abgeordneten und ZK-Kandidaten Rakowski über die fast oppositionelle Znak-Wochenzeitschrift »Tygodnik Powszechny« und der national-katholischen Tageszeitung »Slowo Powszechny« bis zur Juristenpostille »Prawo i Zycie«, in der »Kalte Krieger« wie der im Innenministerium tätige Walichnowski zu Wort kommen. Ähnliches kann über das Fernsehen gesagt werden, wo sich Deutschlandspezialisten, wie der überwiegend sachlich argumentierende Maluczynski und der ständig die negativen Seiten der BRD herauskehrende Meclowski, der auch dem Sejm angehört, in der BRD-Berichterstattung ablösen.«²⁷

Neue Ostpolitik, das wird hier erneut deutlich, bedeutete mehr als die »Anerkennung der Realitäten« und die »Normalisierung der Beziehungen« zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten. Beides jedoch gehörte eng zusammen, wie der Pressereferent der bundesrepublikanischen Botschaft in Warschau anlässlich einer vom Bundespresseamt 1973 veranstalteten Tagung von Pressereferenten an ostdeutschen Botschaften erklärte:

25 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Dorota Dakowska in diesem Band.

26 PAAA, B 42 Handelsvertretung Warschau Bd. 1356, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an Auswärtiges Amt, 9.1.1970.

27 PAAA, B 42 Handelsvertretung Warschau Bd. 1479, Handelsvertretung an Auswärtiges Amt, 22.8.1972.

»So war die Forderung nach Anerkennung der territorialen Nachkriegsrealitäten bis zum 7. Dezember 1970 das beherrschende Thema, ja Trauma, der polnischen Publizistik, das nun abgelöst ist durch die Aufforderung zur ›Normalisierung‹ entsprechend dem ›Buchstaben und Geist‹ des Vertrags. Diese Aufforderung erfolgt in Stil und Tonart insgesamt sachlicher als die jahrzehntelange Beschäftigung mit der Grenzfrage, die seit der Vertragsunterzeichnung bis auf gelegentliche Ausnahmen aus der polnischen Publizistik verschwunden ist. Auch als in der Gemeinsamen Entschließung des Bundestags der der polnischen Vertragsinterpretation entgegenstehende, unveränderte Rechtsstandpunkt der Bundesregierung fixiert wurde, übergang dies die polnische Presse mit gebremster Wut unter gleichzeitiger Betonung der ausschließlichen Gültigkeit des von beiden Partnern unterschriebenen Vertragstextes. Offensichtlich erfolgte diese Zügelung gegenüber der Bundestagsentschließung, um die Ratifizierung der Ostverträge wegen der damaligen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht zu gefährden. Eine ähnliche Zurückhaltung der polnischen Massenmedien zeigte sich in der Frage der Entschädigung für KZ-Opfer und Insassen von Arbeitslagern, eine Frage, die erst nach dem eindeutigen Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition intensiv aufgegriffen wurde, während das Problem der Familienzusammenführung gleichzeitig heruntergespielt wird.«²⁸

Die auch von Journalisten getragene Annäherung zwischen den Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und Polens in den Sechzigerjahren hatte, wie gezeigt, zur diplomatischen Neuorientierung beigetragen, ja diese eigentlich erst ermöglicht. Auf der anderen Seite profitierten die gesellschaftlichen Beziehungen, hier wieder am Beispiel der Medien, vom Wandel der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Westdeutsche Korrespondenten wurden seit Beginn der Siebzigerjahre in das inoffizielle Informationsnetz in Warschau einbezogen.

»In Warschau war ich nach drei Jahren so weit, daß ich mir zutraute, in jeder Situation binnen drei Tagen zu erfahren, was in den politischen Entscheidungszentren des Landes wirklich vor sich geht. Als ich von Warschau wegging, hatte ich Leute im Zentralkomitee, von denen ich sagen konnte, dass ich mit ihnen befreundet sei,«

schilderte Klaus Bednarz rückblickend seine Tätigkeit für die ARD in Warschau von 1971 bis 1977.²⁹

Das vielzitierte Konzept vom »Wandel durch Annäherung« war ein dynamischer, von der Gesellschaft ebenso wie von der Diplomatie getragener Prozess, der ideologische Barrieren auf beiden Seiten langfristig überwand. Insbesondere in Warschau war gerade Bednarz eingebunden in das gesellschaftliche Leben: »Wir haben in Warschau sehr viel intensiver [im Vergleich zu Moskau, G. T.] in der polnischen Gesellschaft gelebt. Unser Haus in Warschau war ein offenes Haus, es war bis in die Nacht hinein ein Kommen und Gehen von polnischen Freunden.«³⁰ Eben das war das langfristig angelegte Ziel der Ostpolitik, die Annäherung der Gesellschaften in Ost und West, die in Warschau offenbar besonders erfolgreich war.

IV. WESTDEUTSCHE KORRESPONDENTEN IN DER SOWJETUNION UND IN DER DDR

Nicht überall war das Konzept der Ostpolitik so unmittelbar erfolgreich wie in Polen und Ungarn. Insbesondere in der Sowjetunion schien sich auch im Kontext der Neuen Ostpolitik kaum etwas geändert zu haben gegenüber den Fünfzigerjahren, als Gerd Ruge als erster ständiger westdeutscher Korrespondent dort arbeitete. Lothar Loewe, der ab April

28 Bundesarchiv Koblenz (BA), B145/8245 (Bundespresseamt) Tagung der Pressereferenten in Osteuropa in Bonn 7. bis 9. Mai 1973.

29 »Auf der privaten Schiene läuft nichts.« Der nach Köln zurückgekehrte Klaus Bednarz über seine Arbeit als Fernsehkorrespondent in Moskau, in: Stuttgarter Zeitung, 18.9.1982.

30 Ebd.

1967 für die ARD aus der Sowjetunion berichtete, meldete im Sommer 1970, also genau zum Zeitpunkt der Verhandlungen über den Moskauer Vertrag, dass die »Berichterstattungsmöglichkeiten einen absoluten Tiefpunkt erreicht« hätten.³¹ Anlass der Verstimmung war, dass ein Bericht Loewes für die Tagesschau über die Wahlen zum Obersten Sowjet von der Zensur als »antisowjetisch« klassifiziert und damit verboten wurde. Der ARD-Korrespondent hatte in einem Kommentar vom »größten Scheinparlament der Welt« gesprochen und ein »99-prozentiges Wahlergebnis« angekündigt.³² Als Konsequenz musste die ARD-Vertretung von da an jeden Fernseh-Beitrag zuvor von der amtlichen Zensur genehmigen lassen. Loewe sprach zudem von »unerträglichen Überwachungen, Schikanen, Erpressung und steigenden finanziellen Forderungen« der Sowjetbehörden gegenüber dem ARD-Studio. Allerdings galt Loewe auch als etwas »undiplomatisch«³³, er wurde im November 1970 von Fritz Pleitgen als ständiger ARD-Korrespondent und (ab 1972) Leiter des Studios Moskau abgelöst. Aber auch die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages (August 1970) führte kaum zu Verbesserungen. Die Arbeitsräume der ARD-Korrespondenten wurden ständig beobachtet, und auch wenn sich die Korrespondenten im Land bewegten, waren sie dank eines eigens für Auslandskorrespondenten geschaffenen Autokennzeichens für die staatlichen Sicherheitsbehörden jederzeit identifizierbar.³⁴ »In Moskau weiß kein Ausländer, ob Journalist oder Diplomat, auch wenn er 20 Jahre in diesem Lande lebt, was wirklich im Kreml gespielt wird. Wer behauptet, er wisse, was sich im engsten Führungszirkel in Moskau abspielt, ist entweder ein Ignorant oder ein Heuchler,« fasste der 1982 nach Köln zurückgekehrte Klaus Bednarz seine Moskauer Erfahrungen zusammen.³⁵

Ähnlich schwierig war die Situation der westlichen Korrespondenten in der DDR. Kurz vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags hatten die Unterhändler Egon Bahr und Michael Kohl am 8. November 1972 zwei gleichlautende Briefe ausgetauscht, in denen die Arbeitsbedingungen für Journalisten in den beiden deutschen Staaten geregelt wurden.³⁶ Hierin gewährten beide Regierungen den bei ihnen akkreditierten Journalisten das »Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Berichterstattung.«³⁷ Der Briefwechsel wurde am 21. Februar 1973 als Verordnung geltendes DDR-Recht, die Schlussakte von Helsinki, die Erich Honecker am 1. August 1975 unterschrieb, bestätigte diese Regelung noch einmal.³⁸ Rechtliche Grundlage für die Tätigkeit auswärtiger Korrespondenten war die im Anschluss an den Grundlagenvertrag erlassene »Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21.1.1973«. Hierin war festgelegt, dass das Akkreditierungsverfahren für auswärtige Korrespondenten eine Angelegenheit der Abteilung »Presse und Information« beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR war. Diese war das wichtigste Instrument der DDR-Pressepolitik. Ihr Leiter, Wolfgang Meyer, unterstand direkt Werner Lamberz, der im Sekretariat des Zentralkomitees der SED für die Abteilungen

31 Ost-Berichterstattung: Schwerer Eingriff, in: Der Spiegel, Nr. 24 (1970), S. 116.

32 Ebd.

33 Ebd.

34 West-Korrespondenten im Ostblock (2): Vier scharfe Augen und eine hohe Mauer, in: Westfalen-Blatt, 25.2.1981.

35 »Auf der privaten Schiene läuft nichts.« Der nach Köln zurückgekehrte Klaus Bednarz über seine Arbeit als Fernsehkorrespondent in Moskau. in: Stuttgarter Zeitung, 18.9.1982.

36 Der Wortlaut der Briefe ist abgedruckt in: Texte zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe I, Bd. 11, S. 294–296.

37 Der Wortlaut der Briefe ist abgedruckt in: Texte zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe I, Bd. 11, S. 294–296.

38 Text in: Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe II, Bd. 3, S. 388.

»Agitation und Propaganda« verantwortlich war.³⁹ Das letzte Wort in der Pressepolitik freilich sprach Erich Honecker selbst, ohne seine Zustimmung konnte keine wichtige Entscheidung umgesetzt werden.⁴⁰ Dies allein schon zeigt die große Bedeutung, die der Pressearbeit in Ost-Berlin beigemessen wurde.

Mit der durch den Grundlagenvertrag geschaffenen völkerrechtlichen Vereinbarung stieg auch das Interesse westlicher Medien an der DDR. Im Dezember 1973 waren schon vier bundesdeutsche Journalisten in Ost-Berlin akkreditiert worden.⁴¹ Einer von ihnen war der Korrespondent des Nachrichtenmagazins der *Spiegel*, Jörg Mettke. Nach seinen ersten journalistischen Arbeitserfahrungen in der DDR befragt, antwortete er:

»Wir sind ja gehalten, für jedes Thema, was wir hier realisieren wollen, das Außenministerium um Erlaubnis zu bitten und mit unseren Themenwünschen können die sich dort inzwischen die Wände tapezieren, soviel sind es, realisiert worden ist kaum etwas. Wenn dies so weitergeht, wenn also unsere Themenwünsche, zumindest so stellt sich das für uns dar, auf einem endlos langen Dienstweg verschwinden und für uns nie mehr sichtbar werden, wenn sich der Verkehr mit dem DDR-Außenministerium entwickelt wie der Verkehr mit Kafkas Schloss, dann wird es wirklich von der Substanz her sehr gefährlich.«⁴²

Mettke glaubte nicht, dass hinter den bürokratischen Hindernissen eine politische Taktik stand, er zeigte sich überzeugt, dass sich der Umgang der DDR-Behörden mit den westlichen Korrespondenten verbessern werde. Dies erwies sich als Fehlspekulation. Nach Ansicht des ZDF-Korrespondenten Hans-Jürgen Wiesner erforderte die Berichterstattung aus Ost-Berlin ganz andere Vorgehensweisen als die in einer westlichen Hauptstadt. Die Korrespondenten seien, so Wiesner, von den wesentlichen politischen Entscheidungen abgeschnitten. Was nicht auf den großen Pressekonferenzen bekannt gegeben werde, blieb den Journalisten in der Regel verborgen. Diese Situation zwinge sie dazu, »auf Sicht zu arbeiten, persönliche Kontakte zu knüpfen, Trends zu beobachten, zwischen den Zeilen der DDR-Zeitungen zu lesen und sich schließlich aus all diesen Informationen ein Mosaik zusammensetzen.«⁴³ Brisante politische Themen, so Wiesner, waren kaum zu realisieren: »Bis zur Systemgrenze sind die Arbeitsmöglichkeiten gut, jenseits dagegen enttäuschend. Ich hatte den Funktionären der DDR mehr Selbstbewusstsein zugetraut, daß sie keine Angst haben, ihre Positionen auch vor dem westlichen Klassenfeind zu vertreten.«⁴⁴

In der Tat empfanden die Funktionäre des Staatlichen Komitees für Rundfunk die DDR-Berichterstattung westdeutscher Rundfunk- und Fernsehanstalten als »ideologische Diversionstätigkeit«.⁴⁵ Auf der Basis der Berichte über das Abhören westdeutscher Rundfunk- und Fernsehsendungen kamen die DDR-Beobachter zu dem Ergebnis, dass die westlichen Medien zwei Funktionen erfüllten:

39 *Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler*, So funktionierte die DDR. 3 Bd., Reinbek 1994, S. 828.

40 *Günter Schabowski*, Der Absturz, Berlin 1991, S. 115 ff.

41 Rundfunkarchiv Potsdam, Akten des ARD-Studios Ost-Berlin, Bestand »Systemauseinandersetzung 1969–1977«, Staatliches Komitee für Rundfunk, Abt. Monitor, 20.12.1973.

42 Ebd.

43 Ihr Spielraum hat enge Grenzen. Über die Arbeit der bundesdeutschen Fernsehkorrespondenten in der DDR, in: Frankfurter Rundschau, 3.7.1975.

44 Ebd.

45 Rundfunkarchiv Potsdam, Akten des ARD-Studios Ost-Berlin, Bestand »Systemauseinandersetzung 1969–1977«. Staatliches Komitee für Rundfunk, Hauptabteilung Information, Die ideologische Diversionstätigkeit der BRD- und Westberliner Rundfunk- und Fernsehanstalten zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Oktober 1973.

- »1. die innere Funktion, d. h. die Bürger der BRD im Sinne der Regierungspolitik ideologisch zu manipulieren, sie vom Klassenkampf fernzuhalten und die Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verleumdern;
2. die äußere Funktion, d. h. in die ehemaligen Einflußsphären des deutschen Imperialismus, vorrangig die Deutsche Demokratische Republik, revisionistisches, reaktionäres, antisozialistisches Gedankengut auszustrahlen, um das sozialistische Bewußtsein ihrer Bürger zu zersetzen.«⁴⁶

Die Korrespondenten der westlichen Medien in der DDR waren aus dieser Perspektive keine Journalisten, die aus intellektueller Neugier oder beruflichem Interesse nach Informationen suchten, sondern sie waren vom Klassenfeind geschickte Kämpfer gegen die Staatsraison der DDR. Durch die »Entwicklung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Weltsozialismus«, so analysierten die DDR-Medienexperten weiter, habe sich die Taktik der westdeutschen Medien verändert. Sie seien zur Politik des »Wandels durch Annäherung« übergegangen, stellten die Forderung nach »Freizügigkeit für Menschen und Meinungen« auf und deklarierten diese zur Voraussetzung und zum Instrument für Entspannung in Europa. Die Neue Ostpolitik der Bundesregierung seit 1969 wurde in Ost-Berlin also ganz anders als in Warschau als neue Taktik der im Kalten Krieg in die Defensive geratenen Bundesrepublik aufgefasst, als Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln. Hierin spielten die Medien und ihre Vertreter nach Ansicht der Analysten im »Staatlichen Komitee für Rundfunk« eine wesentliche Rolle.⁴⁷

Diese politische Perspektive auf die westdeutschen Journalisten bestimmte daher auch den Kurs der SED gegenüber den Korrespondenten. Im August 1975 wurde der *Spiegel*-Redakteur Klaus Mettke ins Außenministerium zitiert, wo ihm die Beamten der Abteilung »Journalistische Beziehungen« vorwarfen, »nicht nur ›Keile‹ zwischen die DDR und ihre Verbündeten, die Sowjetunion, zu treiben, sondern auch die SED-Führung bei den ostdeutschen Bürgern anzuschwärzen.«⁴⁸ Mettke hatte über privilegierte SED-Funktionäre berichtet, die an für die Öffentlichkeit der DDR unzugänglichen Orten an der Ostseeküste ihren Urlaub verbrachten. Noch erhielt Mettke eine Verwarnung, vier Monate später jedoch wurde der *Spiegel*-Korrespondent ausgewiesen. Diesmal hatte das Nachrichtenmagazin über Zwangsadoptionen von Kindern berichtet, deren Eltern versucht hatten, aus der DDR zu fliehen. Am 16. Dezember erhielt Mettke die Aufforderung, das Land innerhalb von 24 Stunden zu verlassen.⁴⁹ Klaus Mettke war der erste westdeutsche Korrespondent, der offiziell aus der DDR ausgewiesen wurde. Weihnachten 1976 wurde der ARD-Korrespondent Lothar Loewe des Landes verwiesen, im Januar 1978 wurde sogar das Büro des *Spiegel* geschlossen, nachdem dieser ein (bis heute umstrittenes) Manifest von DDR-Oppositionellen publiziert hatte.⁵⁰ Auch andere Korrespondenten waren ständigem Druck ausgesetzt. Im Oktober 1977 beschwerten sich die beiden ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen und Lutz Lehmann über die Behandlungen Lehmanns durch DDR-Staatsorgane. Lehmann hatte versucht, über die Krawalle zu berichten, die in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1977 auf dem Alexanderplatz in Berlin stattgefunden hatten. Lehmann wurde

»kurz nach Mitternacht von 10 bis 15 Personen in Zivil umstellt, die sich durch entsprechende Ausweise als Staatsorgane der DDR zu erkennen gaben. Von einer dieser Personen wurde der Kor-

46 Ebd. S. 1.

47 Das traf nicht nur auf Journalisten aus der Bundesrepublik zu, sondern auch für französische Korrespondenten: Vgl. hierzu: *Ulrich Pfeil*, Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 338.

48 Zit. nach *Dominik Geppert*, Störmanöver. Das »Manifest der Opposition« und die Schließung des Ost-Berliner »Spiegel«-Büros im Januar 1978, Berlin 1996, S. 69.

49 Ebd.

50 Hierzu detailliert: *Dominik Geppert*, Störmanöver, passim.

respondent gefragt, ob er wie der *Spiegel*-Korrespondent Mettke aus der DDR ausgewiesen werden wolle. Außerdem wurde der Korrespondent aufgefordert, seine Filmkamera herauszugeben, was er ablehnte. Obgleich der Korrespondent seinen Presseausweis sofort vorgewiesen hatte, dauerte es längere Zeit, bis er seine berechnete journalistische Tätigkeit weiter ausüben konnte.«⁵¹

Noch am gleichen Abend wurde Lutz Lehmann überfallen, die Täter versuchten, ihm die Kamera zu entreißen, und flohen dann. Ein in der Nähe stehender Polizeitrupp unternahm nichts.

»Wir protestieren dagegen, dass der Korrespondent während der Ausübung seiner legitimen journalistischen Tätigkeit behindert wurde, dass dem Korrespondenten dabei mit der Ausweisung gedroht wurde, dass versucht worden ist, ihm sein Arbeitsgerät abzunehmen. [...] Außerdem richtet sich unser Protest gegen das Verhalten der Kriminalbeamten vom Volkspolizeirevier 6, sowie die Art und Weise, in der die Strafanzeige gegen Unbekannt wegen versuchten Raubüberfalls aufgenommen worden ist.«⁵²

Lehmann und Pleitgen ließen keinen Zweifel daran, dass sie überzeugt waren, dass der versuchte Raubüberfall auf den Korrespondenten in dieser Situation nicht das Werk gewöhnlicher Krimineller, sondern der Staatssicherheit war.⁵³

Die hier geschilderten Fälle waren keineswegs Ausnahmen. Immer wieder gab es Konflikte zwischen dem Außenministerium der DDR und den westlichen Korrespondenten, insbesondere jenen aus der Bundesrepublik. Wichtig wurde, dass beide Seiten den Vorgängen eine politische Bedeutung beimaßen. Als auch die Bundesregierung die Behinderung der Arbeitsmöglichkeiten westlicher Korrespondenten kritisierte, schrieb die amtliche Nachrichtenagentur der DDR, ADN, es sei

»bedauerlich, dass aus dem in früheren Gesprächen unmissverständlich dargelegten Standpunkt der DDR nicht die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen würden, er [gemeint ist der stellvertretende Außenminister der DDR, Kurt Nier, G. T.] nehme nicht an, dass die Regierung der BRD sich zum Fürsprecher von Aktivitäten ihrer Korrespondenten macht, die im Widerspruch zu Geist und Buchstaben des Grundlagenvertrages und der Schlussakte von Helsinki stehen und eine Verletzung der Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten darstellen. Auch im Briefwechsel vom 8.11.1972 über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten heißt es, dass dieselben im Rahmen der geltenden Rechtsordnung gewahrt werden, es sei klar, dass eine dem entgegenstehende Handlungsweise die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD belasten muss und gegen die Entspannung gerichtet ist.«⁵⁴

Die Regierung der DDR berief sich also ausdrücklich auf die Schlussakte von Helsinki und den Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik, um ihr Vorgehen gegen die westdeutschen Korrespondenten zu rechtfertigen. Ähnlich, wenn auch subtiler, argumentierte der ARD-Korrespondent Fritz Pleitgen, als auch er nach einem kritischen Bericht über Unruhen in Wittenberge ins Außenministerium zitiert wurde. Dort warf man ihm vor, durch die »bewusste Verbreitung von Falschmeldungen« gegen den Grundlagenvertrag zu verstoßen. Pleitgen wurde nachdrücklich gewarnt, er gefährde den Normalisierungsprozess beider Staaten.

»Pleitgen: Sie wissen genau, dass ich nicht gegen die Journalistenordnung verstoßen habe. Ich betrachte Ihre Begründung als eine Nichtbegründung und deshalb ist für mich die Verwarnung nicht

51 Deutsches Rundfunk Archiv, Potsdam-Babelsberg, Akten des ARD-Studios Ost-Berlin, »Journalisten in der DDR«, Brief von Pleitgen und Lehmann an Botschafter Günter Fritsche, Leiter der Abteilung Journalistische Beziehungen, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 8.10.1977.

52 Ebd.

53 *Fritz Pleitgen*, Nicht selbst Gegenstand der Berichterstattung werden, in: Fünkchen (WDR-Mitarbeiterzeitung), Nr. 36 (Januar/Februar 1978).

54 ADN-Meldung vom 23.8.1978.

existent. Ich kann sie also nicht zurückweisen. Sie wissen, dass ich heute viel zu tun habe, und betrachte dieses Hierhinzitiere als Behinderung meiner Tätigkeit. Ich möchte den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass die DDR in der Behandlung der Korrespondenten und Journalisten das Verhalten eines souveränen Staates an den Tag legt. [...] Auch wenn Sie das Gespräch für beendet erklären, ich möchte Ihnen sagen, dass Ihre Behandlung der Korrespondenten die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten behindert.«⁵⁵

Nicht nur die Regierung der DDR, auch Fritz Pleitgen war sich offenbar der politischen Bedeutung seiner Tätigkeit in der DDR völlig bewusst. Das zeigt der Hinweis auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der die Behinderung seiner Tätigkeit als Korrespondent durch die DDR entgegenstehe. Auch die ironische Bitte, die DDR möge sich wie ein souveräner Staat verhalten, muss als Anspielung auf die Bemühungen des ostdeutschen Staates um Anerkennung in der Welt gesehen werden.

V. FAZIT: JOURNALISTENKONTAKTE ZWISCHEN WESTDEUTSCHLAND UND OSTEUROPA

Die Arbeit der westdeutschen Korrespondenten in Osteuropa, das wurde deutlich, hatte wesentliche Bedeutung für die Neue Ostpolitik. Die Journalisten bereiteten die ab 1969 unternommenen diplomatischen Schritte vor, indem sie das durch den Zweiten Weltkrieg und die stalinistische Propaganda in Osteuropa dominierende Bild von der Bundesrepublik als direkter Fortsetzung des Dritten Reiches in Frage stellten und korrigierten. Dabei reiste diese Gruppe nicht mit dem Auftrag nach Polen, dort politische Kontakte zu knüpfen, vorrangiges Ziel war vielmehr der Austausch von Programmen. Gleichwohl erlangte diese zunächst unpolitische Absicht unter den Bedingungen des Kalten Krieges eine unmittelbare politische Bedeutung. Dies wurde insbesondere am Beispiel der Kölner Journalistengruppe deutlich, die 1965 Polen besuchte und die Gastgeber in Warschau und Breslau mit ihrem offenen und kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit überraschte. Es war kein Zufall, dass es gerade eine vom WDR produzierte Dokumentation über das Dritte Reich war, die die Beziehungen zwischen den Kölner Journalisten und ihren polnischen Kollegen veränderte. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Polen während des Zweiten Weltkrieges prägte seit 1945 in herausragender Weise die polnische Wahrnehmung Deutschlands, insbesondere der Bundesrepublik. Diese wurde als Fortsetzung des NS-Regimes interpretiert. Das (formaljuristische) Festhalten der Bundesregierung an der Fortexistenz Deutschlands in den Grenzen von 1937 und damit die Infragestellung der Existenz des polnischen Staates, so wie er nach 1945 entstanden war, schien dieses Bild zu bestätigen. Durch den Besuch der westdeutschen Journalisten wurde wichtigen Vertretern der politischen und intellektuellen Elite Polens deutlich, dass ihre Wahrnehmung der Bundesrepublik nicht der Realität entsprach, dass es durchaus für Polen interessant sein könnte, sich in entscheidenden Fragen (Anerkennung der Grenzen) mit Bonn zu verständigen. Die gesamtpolitische Bedeutung war auch den westdeutschen Besuchern durchaus präsent, wie das Kapitel des Reiseberichtes zeigt, das ausdrücklich auf die politische Dimension des Besuches eingeht. Das Konzept des Wandels durch Annäherung der Gesellschaften (hier am Beispiel der Intellektuellen) funktionierte also schon vor dem diplomatischen Beginn der Neuen Ostpolitik und bereitete diese in entscheidenden Punkten vor.

55 Deutsches Rundfunk Archiv, Potsdam-Babelsberg, Akten des ARD-Studios Ost-Berlin, »Journalisten in der DDR«, Protokoll eines Gespräches im Außenministerium der DDR bei Herrn Hoeldtke und Herrn Nickelsen, 11.5.1978.

Am Beispiel Ungarns konnte gezeigt werden, dass die Bundesrepublik nach dem Beginn ihres diplomatischen Kurswechsels auch für die Medien in Ungarn interessanter wurde, alleine dadurch dass die Zahl der ungarischen Journalisten, die Westdeutschland besuchten, zu Beginn der Siebzigerjahre sprunghaft anstieg und die Erfahrungen der Ungarn mit dem für sie unbekanntem Land nahezu ausnahmslos positiv beurteilt wurden.

Die Erfahrungen der westdeutschen Korrespondenten waren aber nicht durchgängig positiv, Osteuropa war kein monolithischer Block. Insbesondere in Moskau hatten es die westlichen Korrespondenten sehr schwer. Hier hatte eine außenpolitische Initiative, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion nach dem Besuch Konrad Adenauers in Moskau im Herbst 1955, den Weg für die Korrespondenten geebnet. Im Gegensatz zur Warschauer Regierung versuchte die der Sowjetunion allerdings, die westdeutschen Journalisten durch Überwachung und Zensur politisch zu isolieren. Gerd Ruge, der als erster ständiger Korrespondent des NWDR 1956 nach Moskau ging, gelang es zwar, Kontakte zu Intellektuellen im Lande aufzubauen und dem westdeutschen Publikum den sowjetischen Alltag nahe zu bringen, Einfluss auf politische Entscheidungen im Kreml konnte er aber nicht erlangen. Selbst im Sommer 1970, zur Zeit der Verhandlungen und der Unterzeichnung des entscheidenden deutsch-sowjetischen Vertrages, berichtete der ARD-Korrespondent Lothar Loewe, dass die Beziehungen zwischen dem ARD-Büro in Moskau und den zuständigen Sowjet-Behörden einen Tiefpunkt erreicht hätten. Die sowjetische Regierung versuchte also, gesellschaftliche Kontakte zur Bundesrepublik durch die Kontrolle der Medien zu unterbinden. Bilaterale Kontakte mit Kollegen der sowjetischen Medien oder gar zu Regierungskreisen wie in Polen konnten auf dieser Basis gar nicht entstehen. Ähnlich, vielleicht noch restriktiver, war die Politik der DDR. Auf der Basis der Akten des nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags im Dezember 1972 eingerichteten ARD-Studios in Ost-Berlin konnte gezeigt werden, wie die DDR-Behörden westdeutsche Korrespondenten zu kontrollieren versuchten. Die Methoden reichten von der begrenzten Kooperation, über Einschüchterung durch offene Gewalt bis zur direkten Ausweisung aus der DDR. Es fällt also auf, dass die Sowjetunion und die DDR erheblich restriktiver mit westdeutschen Journalisten umgingen als Polen und Ungarn. Hierfür scheinen zwei Gründe maßgebend gewesen zu sein:

Erstens spielte die marxistisch-leninistische Ideologie in der Sowjetunion und in der DDR eine sehr viel stärkere Rolle als in Polen und Ungarn. Moskau war das Zentrum des Weltkommunismus in dieser Zeit und der Marxismus-Leninismus ihre Legitimationsgrundlage. Schon aus diesem Grunde wird das starre Festhalten an der Doktrin verständlich. Die auf Lenin zurückgehende Theorie der Presse aber qualifizierte Journalisten beider Lager als Klassenkämpfer. Daher war Journalismus kein der Aufklärung und Information verpflichteter Beruf, sondern ein politischer Auftrag zur Erziehung der Massen.⁵⁶ Auch in der DDR spielte die Ideologie eine wichtige Rolle als Legitimationsgrundlage, weil alleine auf ihrer Basis ein zweiter deutscher Staat zu rechtfertigen war. Dagegen zeigen die Quellen in Bezug auf Polen, dass dort weniger die Ideologie, als vielmehr nationalstaatliche Motive eine Rolle spielten. Die Neue Ostpolitik bot Polen die Chance, seine staatliche Existenz durch die De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu sichern, was angesichts der polnischen Geschichte von herausragender Bedeutung sein musste. Hinter diesem Ziel traten die Verteidigung und Verbreitung der Sowjet-Ideologie weit zurück.

56 Die Leninistische Presstheorie sah die Zeitung als wichtiges Zentrum innerhalb der revolutionären Partei. Vgl. *Wladimir Ilitsch Lenin, Womit beginnen?* (1904), in: *Ders., Werke*, Bd. 5, Berlin (Ost) 1971, S. 5–13.

Das sehr restriktive Vorgehen der DDR gegen westdeutsche Korrespondenten erklärt sich – zweitens – durch die besondere Lage dieses Staates. Das Ost-Berliner Regime hatte es besonders schwer mit westdeutschen Journalisten, weil deren Berichte über das Land von der eigenen Bevölkerung rezipiert wurden. Das galt zumal für Fernsehen und Rundfunk, aber auch für die Presse. Fritz Pleitgen war während seiner Arbeit in Ost-Berlin in der DDR bekannter als in der Bundesrepublik, seine Berichte über das Land wurden von einem Großteil der Bevölkerung geschätzt.⁵⁷ Die DDR-Bürger bekamen die wichtigsten Informationen über ihr Land ausgerechnet vom so genannten Klassenfeind. Dagegen waren Polen, Ungarn, die Sowjetunion und die meisten anderen osteuropäischen Gesellschaften alleine durch die Sprache schon sehr weitgehend vor dem Einfluss der westdeutschen Medien geschützt.⁵⁸

Ungeachtet dieser Unterschiede war aber im Bereich des Journalismus ein transnationales Netzwerk von Medienkontakten über die Blockgrenzen hinweg entstanden, das die Neue Ostpolitik seit den Fünfzigerjahren einerseits vorbereitete, andererseits erheblich von den Veränderungen auf diplomatischer Ebene profitierte. In einer erweiterten Perspektive wird aber auch deutlich, dass die Integration Europas, die mit dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten im Mai 2004 ihren formalen Abschluss fand, schon sehr viel früher begann, nämlich Mitte der Sechzigerjahre. Journalisten, auch das wurde klar, waren wichtige Protagonisten dieses Integrationsprozesses, weil sie nicht nur im eigenen Land das Bild des Ostblocks behutsam veränderten, sondern auch weil sie in den sozialistischen Staaten eine neue, realistischere Perspektive auf die Bundesrepublik jenseits der Propaganda vermittelten. Hierdurch wurden schon in den Sechzigerjahren behutsam gesellschaftlich-politische Veränderungen eingeleitet, die neben anderen Faktoren letztlich zum Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften Ende der Achtzigerjahre beitrugen.

57 Pleitgen schrieb über seine Arbeit in der DDR: »Unser Programm wird hüben wie drüben gesehen, wobei die DDR-Bürger die Sendungen offenbar viel aufmerksamer verfolgen als das zahlende Publikum im Westen. Nirgends werde ich so häufig auf der Straße angesprochen wie in der DDR.« Vgl. *Fritz Pleitgen*, Nicht selbst Gegenstand der Berichterstattung werden.

58 Die Deutsche Welle sendete in Landessprache, gleiches taten auch die US-Sender Voice of America und die britische BBC.